

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 595.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.15 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 27. August.

1890.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitschrift oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an denjenigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. A. Schell, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitenstr. 5, Cde, Otto Kisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei J. Schrapenski, in Meseritz bei H. Kallies, in Breslau bei J. Jabelohn u. b. d. Inzerat-Annahmestellen von G. L. Panke & Co., Saasenstein & Pögl, Adolph Hoffe und „Invalidentank“.

Amtliches.

Berlin, 26. August. Der Kaiser hat den Landgerichtsrath Caspers in Colmar zum Rath bei dem Ober-Landesgericht daselbst, und den Landgerichtsrath Kleber in Saarbrücken unter Wieder- aufnahme in den elsaß-lothringischen Justizdienst zum Richter bei dem Landgericht in Colmar ernannt.

Der Ober-Landesgerichtsrath Saurland in Colmar ist in Folge seines Uebertritts in den königlich preussischen Justizdienst aus dem Justizdienst des Reichslandes ausgeschieden.

Der König hat auf Grund des § 28 des Landesverwaltungs- gesetzes vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. 195) den Regierungsrath Joachimi zu Potsdam zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Bezirksausschuß zu Potsdam auf die Dauer seines Hauptamts am Sitz des letzteren, den Regierungsrath v. Laer zu Danzig zum zweiten Mitgliede des Bezirksausschusses zu Danzig auf Lebenszeit, sowie den Regierungsrath Wegel daselbst zum Stell- vertreter des ersten ernannten Mitgliedes, und den Regierungsrath v. Schmeling ebenda zum Stellvertreter des zweiten ernannten Mitgliedes jener Behörde auf die Dauer ihres Haupt- amts am Sitz derselben ernannt; ferner den praktischen Arzt Dr. med. Sachs und Sanitätsrath Dr. med. Jaquet, beide zu Berlin, den Charakter als Geheimen Sanitätsrath, und den praktischen Arzt Dr. med. Jastrowitz, Dr. med. Großmann und Dr. med. Koverbitz, sämtlich zu Berlin, den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der König hat die Wahl des Geschichtsmalers, Professors Beder zu Berlin zum Präsidenten der königlichen Akademie der Künste daselbst für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis 30. Sep- tember 1891 bestätigt.

Die Wahl des Architekten, Geheimen Regierungsraths Pro- fessors Ende zum Vertreter des Präsidenten der königlichen Aka- demie der Künste in Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1891 ist bestätigt worden. — Der ordentliche Pro- fessor Dr. Braun zu Marburg ist in gleicher Eigenschaft in die medizinische Fakultät der Universität Königsberg versetzt worden. — Der bisherige ordentliche Seminarlehrer Brandenburger in Schrod a ist zum Kreis-Schulinspektor ernannt und der Gerichts- assessor Giesewitz zu Posen bei seiner Uebernahme in das Ressort der geistlichen und Unterrichts-Verwaltung zum Regierungsrath ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 27. August.

Gegen Ende dieser Woche wird der Kaiser auf wenige Tage in Potsdam eintreffen. Es wird erwartet, daß in dieser Zeit die Frage der Einberufung des Landtags in Er- wägung gezogen werden wird. Die endgültige Entscheidung wird allerdings wohl nicht erfolgen, bevor das Staatsmini- sterium wieder vollständig in Berlin beisammen ist. Man weist jetzt darauf hin, daß die Einberufung sicher nicht erfol- gen werde, bevor der Staatshaushalt aufgestellt worden.

Man nimmt allgemein an, daß einer der Gesetzentwürfe, welche der Finanzminister Miquel ausarbeitet, die Reform der Gewerbesteuer zum Gegenstande hat. Wenn irgend eine der in Preußen zur Erhebung gelangenden direkten Steuern einer Reform bedürftig ist, so ist es die Gewerbesteuer. „Reform“ ist eigentlich nicht einmal zutreffend, denn zu refor- miren giebt es bei der Gewerbesteuer nichts; sie muß einfach beseitigt und durch eine neue ersetzt werden, wenn man einmal auf die besondere Besteuerung des Gewerbebetriebes nicht ver- zichten zu können glaubt. Die Bestimmungen über die steuer- pflichtigen Gewerbe und die Veranlagung der Gewerbesteuer mögen, als das Gesetz erlassen worden ist, den wirtschaftlichen Zuständen zweckmäßig angepaßt worden sein; zu den durch die Entwicklung des Verkehrs, des Handels und der Industrie gänzlich veränderten Verhältnissen der Gegenwart passen sie durchaus nicht mehr. Das Gastgewerbe wird viel weniger getroffen als das Kleingewerbe, und innerhalb der einzelnen Gewerbe ergiebt sich die größte Ungleichmäßigkeit in der Höhe der aufzubringenden Steuern, dank dem von dem Gesetze gewählten System der Veranlagung.

Aus dem Feldzugsplan, den Herr Windthorst am vor- gestrigen Begrüßungsabend des deutschen Katholiken- tages in Koblenz entwarf, ist zu entnehmen, daß der Kampf um die Schule den eigentlichen Kernpunkt der Versammlung bilden soll, vermuthlich, weil die gegenwärtige Vorbereitung eines „Volkschulgesetzes“ in Preußen der klerikalen Agitation weit günstigeren Wind in die Segel führt, als es die Stel- lung der Kirche zu den sozialen Aufgaben der Zeit thun könnte. „Wir wollen die Schulen wieder haben,“ rief Herr Windthorst zur Eröffnung der Katholikenversammlung in diese hinein, „die Schulen, in denen die Eltern und die Kirche den gebührenden Einfluß besitzen. Ohne diesen thun wir es nun einmal nicht.“ Der Staat soll aus den Schulen heraus, das Schulaufsichtsgesetz soll aufgehoben und der Zustand vor Be- ginn des Kulturkampfes wieder hergestellt werden, sonst wird das Zentrum jedem Schulgesetz entschieden Widerstand leisten. Würden die Forderungen nicht erfüllt, so werde man verlan- gen, daß die „verfassungsmäßige“ Unterrichtsfreiheit gewährt,

d. h. daß der Kirche gestattet werde, selber Schulen zu grün- den. Eine Anzahl fertiger „Resolutionen“ in diesem Sinne hat Herr Windthorst nach Koblenz bereits mitgebracht. Ihre „einstimmige“ Annahme durch den Katholikentag ist selbstver- ständlich sicher.

Von Interesse in taktischer Beziehung, so bemerkt hierzu die „Pos. Ztg.“, ist an dem Feldzug des Zentrumsführers, daß ihm die Schulfrage die wichtigste ist, die der Katholikentag in diesem Jahre behandeln kann, mit anderen Worten, daß der kämpfende Ultramontanismus weit größeren Werth darauf legt, das Kampf- gebiet mit dem Staate zu erweitern, und auf immer neue Positi- onen auszuweichen, als etwa eine gemeinsame Thätigkeit mit ihm zu organisiren, wie sie die sozialpolitischen Reformen erfordern würden. Nicht auf diese kommt es Herrn Windthorst in erster Linie an, vielmehr er bereit ist, die Regierung darin zu unterstützen. Für ihn drängt die Eroberung der Schule durch die Kirche alle anderen Gesichtspunkte kirchlichen Strebens zurück.

Der Abg. Bebel hat in der vorgestrigen von Tausenden besuchten Volksversammlung, über deren Verlauf wir weiter unten ausführlich berichten, einen Sieg über seine hiesigen Widerwärtigen davongetragen. Fast einstimmig wurde schon vor Schluß der Verhandlungen, die sich bis gegen 2 Uhr Nachts hin- zogen, eine Resolution zu Gunsten der Fraktion angenommen. Als Dr. Wille u. Wildberger ihren Standpunkt vertheidigten, wurden sie häufig durch tausendstimmige Rufe unterbrochen; Wildberger gab es schließlich ganz auf, gegen die tosende Menge anzukämpfen. Bebel erhielt Unterstützung durch Singer. Nach dem Verlauf dieser Versammlung werden Bebel und seine Freunde dem Parteitag mit leichterem Herzen entgegen- sehen als bisher. Wie erinnerlich, sollte anfänglich Singer die Fraktion vertheidigen, doch wurde die zu diesem Zweck berufene Versammlung polizeilich nicht genehmigt. Dem Auf- treten Singers in der vorgestrigen Versammlung wurde kein Hinderniß in den Weg gelegt, und da auch, wie die „Vib. Kor.“ berichtet, eine für gestern Abend eingeladene Volksver- sammlung, in der Liebknecht über Karl Marx sprechen wollte, keine Veranlassung erfahren hat, so muß man an- nehmen, daß die Berliner Polizeibehörde die ihr zugeschriebene Auffassung von der Unzulässigkeit der aus Berlin ausgewie- senen Reichstags-Abgeordneten überhaupt nicht gehabt oder, daß sie ihre Ansicht, seither geändert hat. Im ersteren Falle ist freilich die Nichtgenehmigung der Versammlung mit dem Referenten Singer nicht erklärlich.

Von Neuem taucht das russische Judenthum am po- litischen Horizonte auf. Von offiziöser russischer Seite war geäußert worden, daß die Absicht bestehe, in der gemeldeten strengen Weise gegen die Juden vorzugehen, sie also von allen Staatsämtern auszuschließen und die in der That bestehenden aber noch niemals ernstlich ausgeführten Bestimmungen über die Aufenthaltbeschränkung der Juden nunmehr in Kraft treten zu lassen, und auch der englische Botschafter in Peters- burg hatte seiner Regierung nach London berichtet, es sei nichts bekannt davon, daß dies angeordnet worden sei, oder daß die Absicht bestehe, dies jetzt zu thun. Andererseits konnte die Thatsache nicht aus der Welt geschafft werden, da die Kom- mission, welche zu dem Zwecke eingesetzt worden war, gesetzliche Bestimmungen über Behandlung des Judenthums in Rußland auszuarbeiten, zu rückichtslosem Vorgehen in der mehrfach gekennzeichneten Richtung hinneigte, und der offiziösen Peters- burger Ableugnung wurde nicht nur vereinzelt mit offen aus- gesprochenen Zweifeln an seiner Aufrichtigkeit begegnet. Jetzt wird der „Posischen Zeitung“ aus London gemeldet: Der Vertreter der „Daily News“ in Odesa erfährt aus „zuver- lässigster amtlicher Quelle“, das Edikt gegen die Juden werde ungeachtet des Protestes der westlichen Presse im Laufe des Monats Oktober erlassen werden. In einem Anhang zu dem Edikt werde jedoch versucht werden, die Strenge der Unter- drückungsmaßregeln zu rechtfertigen.

Ueber eine Unterredung mit König Milan berichtet ein Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ aus Nisch in folgender Weise: Serbien, äußerte der König, habe nie und nimmer von Rußland Gutes zu erwarten. Ein selbständiges Serbenthum und der Alles aufgaubende und nivellirende Pan- slawismus seien unvereinbare Gegensätze, und außerhalb der panslawistischen Idee, deren letzte Folgerung die Verneinung der serbischen Idee wäre, könnte Rußland dem serbischen Volke nicht das Mindeste bieten. Serbiens nationale Pflicht sei es daher gewesen, sich Oesterreich-Ungarn anzuschließen; dieses beherrsche als nächster mächtiger Nachbar Serbien wirtschaft- lich und könne es, wenn es wolle, zu Grunde richten; es könne aber, wenn es einmal zur Austragung der orien- talischen Frage komme, von allergrößtem Nutzen für Serbien sein, wenn es sich das Wohlwollen Oesterreichs gesichert habe. Nach diesen Grundfätzen, so erklärte König Milan, habe er seine Politik geführt; aus denselben Gründen wolle er auch nicht, daß sein Sohn zu einem Panslawisten erzogen werde,

und er werde unter keinen Umständen und nie der Königin- Mutter einen Einfluß auf die Erziehung seines Sohnes ein- räumen, da er sie als nichts Anderes betrachte, denn als eine panslawistische Agentin, seine Todfeindin und die Feindin seines Landes. So König Milan. Der Korrespondent des rheinischen Blattes bemerkt hierzu, daß sich Serbien gegen- wärtig thatsächlich in russischem Fahrwasser befinde. (Wir haben schon wiederholt auf diese Thatsache hingewiesen. D. R.) Er weist auf den großen Einfluß Basi's in Serbien hin, der nunmehr zum zweiten Male in politischer Mission nach Ruß- land reiste, nachdem er, der ehemalige Revolutionär, auf seiner ersten Reise vom Zar empfangen und mit einem der höchsten Orden ausgezeichnet wurde.

Ueber neu entstandene Wirren auf Samoa bringt die „Pos. Ztg.“ folgende Korrespondenz, die ihr aus San Fran- zisko zugeht und vom 4. d. M. datirt ist:

Vor Kurzem traf hier eine Kabeldepesche aus Sydney, Neu- südwaales, ein, welche den Ausbruch neuer Unruhen zwischen Stämmen der Mataafe- und Tamasefe-Partei auf Samoa meldete. Die unbefriedigende Lage der Dinge soll der Verzögerung in dem Eintreffen des schwedischen neuen Oberichters zuzuschreiben sein. Heute hier eingegangene Postnachrichten bestätigen die späteren kurzen Kabelberichte über die allgemeine Unzufriedenheit, die in Apia über die scheinbar endlose Zwischenherrschaft Platz gegriffen hat. Bei Abgang des australischen Dampfers befürchtete man in der That den Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges, falls nicht in nächster Zeit die Bestimmungen des Berliner Vertrages durchge- führt würden. Ein starker Druck muß von Apia auf beide Parteien geübt werden, um ihre dauernde ruhige Haltung zu sichern. Die damalige Zusammenkunft der Häuptlinge im Beisein des Königs und der Konjunkt der Mächte, die Vorlesung des Ver- trags und die Annahme desselben seitens der Versammlung, worüber seiner Zeit hier berichtet ist, hatte selbstverständlich eine gewisse Wirkung nicht verfehlt und die Zustimmung der Häuptlinge zur vorläufigen Regierungsform eine Zeitlang gesichert. Seitdem sind aber Monate verstrichen, und immer noch ist der neue Ober- richter und der Vorsitzende der Stadtbehörde von Apia nicht zur Stelle, und die Eingeborenen bilden sich ein, daß der angebotene Vertrag und Königs Malietoa's Wiedereinsetzung nur von den Konjunkt auf eigene Hand in Szene gesetzt worden seien, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Die neuliche Ernennung eines unverantwortlichen Steuereintnehmers durch die drei Konjunkt hat sich seitdem auch als Fehlschlag erwiesen. Der Steuerein- nehmer ist nicht weiter als der unerfahrene Vollzugsbeamte der drei Konjunkt, die sich selbst als Steuerbehörde aufspielten mußten. Endlich ernannten die Konjunkt noch einen Hafenzollbeamten, der sich an Bord der anlangenden Fahrzeuge begiebt, um das Ein- schmuggeln von Waaren zu verhindern. Die Häuptlinge bemerkten daher keine sichtbaren Aenderungen in der Form der Regierung, und der Wiederbeginn der früheren Unruhen der Parteien war die natürliche Folge. Thatsächlich ist bisher noch nichts geschehen, um den Samoanern handgreifliche Beweise zu liefern, daß der Berliner Vertrag keine zwischen den Konjunkt abgekartete Erfindung, sondern eine vollzogene Thatsache sei, und bis der neue Ober- richter nicht eingetroffen ist und die höchste Richter Gewalt und ge- setzlichen Befugnisse seiner Stellung angetreten hat, läßt sich durch bloße Beröstungen keine bessere Stimmung des eingeborenen Elementes erzielen. Bestätigt sich auch der Ausbruch neuer Un- ruhen, wie gefabelt worden, so ist dennoch zu erwarten, daß die nunmehr baldig stattfindende Ankunft des neuernannten Richters ohne Verzug die Entwicklung endlicher Ordnung aus dem Chaos bewirkt.

Deutschland.

□ **Berlin, 26. August.** Das Sozialistengesetz stirbt eines seltsamen Todes. Niemand kann darüber befriedigt sein, wie es jetzt angewendet wird, bezw. hier zur Ausführung kommt und dort nicht. Die Auflösungen auf Grund des bekannten § 9 sind jetzt, dicht vor dem endgültigen Erlöschen des Gesetzes, in Berlin wenigstens so zahlreich wie kaum je zuvor. Es würde auch nicht das Richtige treffen, wenn man sagen wollte: die Sozialdemokraten sind im Gefühle der Freiheit, die sie nach dem 1. Oktober wieder genießen werden, bereits übermüthig, ihre Reden sind maßlos geworden, und es liegt nicht an der Polizeibehörde, sondern an ihnen selbst, daß ihre Versammlungen so vielfach aufgelöst werden. Vielmehr sind die meisten Auflösungen derart, daß sie von der höheren Behörde als ungerechtfertigt anerkannt werden und die betreffenden Beamten die übliche „Rektifikation“ erhalten. Kurz vor dem Ablaufe des Gesetzes noch einmal deutlich darzuthun, daß die Grundsätze der richtigen Ausführung des Gesetzes den ausführenden Organen in zwölfjähriger Praxis noch nicht geläufig geworden sind, das ist doch schließlich überflüssig und könnte füglich vermieden werden. Von dem eifrigen Auflösen sticht eigenthümlich ab die Behandlung derer, welche als sozialistengesetzlich Ausgewiesene bereits zurück- gefahrt sind. Sie haben meist eine Erlaubniß der Rückkehr nicht nachgefordert, aber die Behörde nimmt daran keinen Anstoß. Das Sozialistengesetz endet also nicht einmal ordnungsmäßig durch Erlöschen, sondern es verjumpt. Man kümmert sich nicht mehr um dieses Gesetz, wenigstens was die Aufenthalts- beschränkungen anbelangt. Wir wollen gegen eine solche Milde

der Behörde nichts einwenden, aber der Würde des Gesetzes entspricht das Verhalten doch auch auf keinen Fall. Bei dieser Gelegenheit wollen wir übrigens einen Irrthum feststellen, der in den letzten Tagen durch viele Blätter gegangen ist. Es hieß, daß das Berliner Polizeipräsidium eine die Behandlung der Sozialdemokratie nach dem 1. Oktober behandelnde Denkschrift an den Minister Herrfurth eingereicht habe, deren Inhalt sich der Minister in dem bekannten Reskript an die Regierungen angeeignet habe, und man konnte aus der Notiz herauslesen, daß der Berliner Polizeipräsident die Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Sozialistengesetz derjenigen vermittelst des Sozialistengesetzes vorzöge. Diese Angabe ist ebenso glaubhaft, wie die Behauptung sein würde, Herr v. Puttkamer sei ein Gegner des Sozialistengesetzes geworden. Herr v. Richtshofen hält in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie ganz an den Grundsätzen seines Landmannes, des Exministers, fest. Die Denkschrift existiert, wie wir überzeugt sind, nicht. — Vom Oberverwaltungsgericht ist ein für Offiziere wichtiger Grundsatß ausgesprochen worden. In einem Orte, dessen Regulativ für die Gemeinde-Einkommensteuer die „servisberechtigten“ Militärpersonen des aktiven Dienststandes von jener Steuer befreit, war ein dort beschäftigter Forstassessor, der Premierlieutenant des reitenden Feldjägerkorps ist, nach der Hälfte des aus jener Beschäftigung fließenden Einkommens zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen worden. Das Oberverwaltungsgericht entschied aber letzter Instanz, daß der Forstassessor nicht gemeindeeinkommensteuerepflichtig sei, aus folgenden Gründen. Die Feldjäger sind Offiziere des aktiven Heeres und bleiben dies auch während ihrer fortwährenden Ausbildung, zu der sie abkommandirt sind, und in der sie der Ueberwachung des Kommandos unterstehen. Mithin sind sie servisberechtigt, obwohl sie thatsächlich weder Servis noch irgend ein Militärdienst Einkommen beziehen. — Bereits vor dem Hamburger Streik legten die Bauhandwerker auch in Stettin die Arbeit nieder, und dieser Ausstand ist noch nicht beendet. Die Gesellen bedürfen dringend der Hilfe, aber den Meistern ist es noch nicht gelungen, die Ausständigen durch Zuzug von auswärtigen zu ersetzen. Die schlimmsten Zustände in Folge von Streiks bestehen aber gegenwärtig in Greiz unter den Webern. Sie haben erst gestreikt und sind dann, als sie die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen wollten, gemäßregelt worden; noch immer ist ihre Mehrzahl ohne Arbeit und vollständig subsistenzlos, so daß sie nach dem Vorgange der Weber im Eulengebirge sich an die öffentliche Meinung wenden wollen. Sind diese Streiks bezw. Aussperrungen vorüber, so werden wir voraussichtlich von erheblichen Streiks in Deutschland auf längere Zeit nichts hören.

Der Kaiser traf gestern Morgen um 6 Uhr am Sprindter Weg, zwei Kilometer von Jüterburg, ein, woselbst der Kriegerverein zur Begrüßung Aufstellung genommen hatte. Von hier aus begab sich der Kaiser, welcher Kürassier-Uniform trug, zu Pferde nach dem großen Pieragener-Exerzierplatz und besichtigte dort die 1. und 37. Kavallerie-Brigade. Inzwischen hatte die Artillerie die Höhe am Kaniswiden-Jüterburger Weg besetzt und wurde hier von dem jenseitigen Pieragener gelegenen Ufer der Angerapp von der Kavallerie attackirt. Die Attacke von den Kürassieren, Ulanen und Dragonern wurde in Regimentskolonnen geritten und mußten die Truppen die steile Böschung hinab die Angerapp durchschwimmend das ebenso steile diesseitige Ufer gewinnen. Der Kaiser und der Prinzregent von Braunschweig nebst Gefolge beobachteten diesen außerordentlich kühnen Ritt vom Kaniswiden Grund aus. Die Uebung verlief glänzend.

Mit Bezug auf die Vermessungen auf Helgoland betreffende Nachricht der „Post“, die auch von uns wiedergegeben war, erhält die „N. Allg. Ztg.“ die folgende Zuschrift:

„Die „Post“ hat kürzlich aus Helgoland über die dortigen nautischen Verhältnisse eine auf Unkenntnis beruhende und gegen

England gehässige Nachricht gebracht, die einer Berichtigung bedarf. Eine Anzahl höherer deutscher Marineoffiziere ist nicht auf Helgoland eingetroffen, um Vermessungen vorzunehmen, sondern der Chef der Marinestation der Nordsee, Vice-Admiral Paschen, hat mit seinem Stabe auf der in den Zeitungen unlängst erwähnten üblichen Inspektionsreise die jetzt zu seinem Bereich gehörige Insel besucht, ist aber schon nach wenigen Stunden wieder abgereist. Der einzige deutsche Seeoffizier dort ist nach wie vor der Gouverneur, der aber zur Vornahme von Vermessungen um so weniger in der Lage ist, als er nicht einmal ein Boot zu seiner Verfügung hat. Die englische Regierung hat in Betreff der Gewässer von Helgoland nichts geheim gehalten, dieselben sind seit Jahrzehnten für Schiffsfahrtszwecke ausreichend genau bekannt und kartirt; es ist auch unrichtig, daß es außerhalb der rothen Tonne vor der Elbe keine Seezeichen mehr gebe, denn die Riffe von Helgoland sind durch drei Tonnen bezeichnet. Die gegen England erhobenen Beschuldigungen entbehren daher jeder Grundlage. Gerade auf dem Gebiet der Seevermessungen und der Herausgabe von Seekarten hat die englische Admiralität sich große Verdienste erworben, die von den Seefahrern aller Nationen mit Dank anerkannt werden.“

Es ist wiederholt mitgetheilt worden, daß gegenwärtig Untersuchungen über die Lage des Arbeiterstandes stattfinden. Man hat diese Untersuchungen in Zusammenhang mit dem Entwurfe des Arbeiterchutzgesetzes gebracht, was unzutreffend zu sein scheint. Die „Voss. Ztg.“ erhält Kenntniß von folgendem amtlichen Schreiben einer Polizeibehörde an einen Fabrikbesitzer, d. d. 9. August 1890:

Den höheren Behörden ist es wünschenswert zu erfahren, welche Maßnahmen seitens der Arbeitgeber zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes in letzter Zeit getroffen worden sind. Als solche Maßnahmen werden anzuhängen sein: Die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern für ländliches Gefinde, ländliche Arbeiter und Fabrikarbeiter seitens der betreffenden Grundbesitzer, die Errichtung besonderer Speiseanstalten, Badeanstalten, Bibliotheken, sowie Räumlichkeiten zum geselligen Verkehr für die in einem industriellen Betriebe beschäftigten Arbeiter seitens der betreffenden Unternehmer, ferner diejenigen von den Arbeitgebern getroffenen Einrichtungen, welche ihren Arbeitern den billigen Bezug von Lebensbedürfnissen aller Art zu ermöglichen bestimmt sind. Wir ersuchen Sie, uns bestimmt innerhalb zwei Wochen eine entsprechende Nachricht zukommen zu lassen.

Zur Zuckersteuerfrage wird offiziös geschrieben:

Wenn aus dem Umstande, daß in der letzten Kampagne die Ausfuhr von Zucker gegen das Vorjahr gestiegen ist, der Schluss gezogen wird, daß die in der Bemessung der Ausfuhrvergütung liegende Prämie für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Zuckerindustrie auf dem Weltmarkt entbehrlich sei, so übersteht man, daß im letzten Herbst über 25 pCt. mehr an Zuckerrüben gebaut sind als 1888, mithin auch die Zuckerproduktion die des Vorjahres entsprechend überstieg. Und zwar übersteigt die Mehrproduktion von allein mehr als 2,5 Millionen Doppelzentnern Rohzucker 1. und 2. Produkt die Mehrausfuhr sehr erheblich. Es besteht im Gegenheil in schwindenden Kreisen kein Zweifel darüber, daß, nachdem das Scheitern der Zuckerkonvention jetzt auch formell feststeht, ohne die Fortgewährung einer angemessenen Prämie der fernere Wettbewerb der deutschen Zuckerindustrie auf dem Londoner Markte so gut wie ausgeschlossen sein würde. Erwägt man, daß die deutsche Zuckerausfuhr sich 1889 auf 5,7 Doppelzentner im Werthe von mehr als 181 Millionen Mark stellte und daß von einer Unterbindung derselben nicht das gesamte Reichsgebiet gleichmäßig, sondern neben Anhalt und Braunschweig vorzugsweise Preußen allein getroffen werden würde, so erscheint es einleuchtend, daß bei den im Schoße der Regierungen gepflogenen Erörterungen über die Wirkungen des bestehenden Zuckersteuergesetzes und dessen etwaige Aenderung die Eventualität einer Beseitigung des Schutzes der heimischen Zuckerindustrie keine Stelle gefunden hat. Wie wir bereits angedeutet, erstreckten die Erwägungen sich vielmehr lediglich auf die Form und die Modalitäten des Schutzes und sind dabei insbesondere auch die im Reichstage gemachten Vorschläge auf Einführung einer festen Ausfuhrprämie einer erneuten Prüfung unterzogen. Diese Frage gehört bekanntlich zu den schwierigsten volkswirtschaftlichen Problemen, weil es dabei nicht bloß auf die Abwägung der Interessen der heimischen Produktion und Konsumtion ankommt, sondern weil es sich um entgegengesetzte Interessen innerhalb der heimischen Produktion selbst handelt, welche unter einander und mit den finanziellen Interessen des Reiches sehr schwer in Einklang zu bringen sind. Zumal das Bedürfnis zu einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches nicht in dem Maße dringlich ist, um sich nicht die zur gründlichen Prüfung einer für den Nationalwohlstand so wichtigen Frage erforderliche Zeit zu gönnen, erscheint es daher nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag in seiner nächsten Tagung mit einer Vorlage über die Zuckersteuer nicht befaßt werden wird.

Nach der am 25. d. Mts. erfolgten Ankunft des Herrn Dr. Carl Peters hielt, wie schon erwähnt, das deutsche Emin

Pascha-Komite eine Sitzung, in welcher der Vorsitzende, Staatsminister von Hofmann, die Herren Peters und von Tiedemann begrüßte, indem er der Freude des Komitees über die glückliche Rückkehr der beiden und zugleich dem Danke für deren Leistungen Ausdruck gab. Hierauf erstattete Herr Dr. Peters in einem über eine Stunde währenden Vortrag mündlich Bericht; er schilderte die Schwierigkeiten, mit denen er von Anfang an zu kämpfen gehabt, die Gefahren, denen die Expedition besonders im Massailande ausgesetzt war und die Ereignisse in Uganda, an welchen die Expedition schließlich Theil nahm. Zugleich gab Dr. Peters interessante Aufschlüsse über die Beschaffenheit der von ihm durchreisten, zum Theil noch unbekannten Gegenden, insbesondere den oberen Lauf des Tananflusses. Im Anschluß an diesen Bericht wurde die bereits mitgetheilte Resolution beschloffen. Endlich traf das Komitee die wegen der Abwicklung der Geschäfte und der Rechnungslegung erforderlichen Anordnungen.

Von der gestrigen Erziehung eines Reichstagsabgeordneten in Colmar (Elsas) an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Grad ist das Ergebnis bis jetzt aus 58 Gemeinden bekannt. Es sind gezählt für Ruhland (Elsässer) 6716, für Allenbach (Sog.) 2572 Stimmen. Aus 4 Gemeinden steht das Wahlergebnis noch aus, durch dasselbe kann aber an der Wahl Ruhlands nichts geändert werden.

Hamburg, 26. August. Die neunte Wanderversammlung des deutschen Architekten- und Ingenieurvereins hat gestern Morgen 9 Uhr unter dem Voritze des Oberbau-Direktors Wiebe ihre erste Sitzung gehalten. Etwa 1200 Teilnehmer und 400 Damen sind zur Wanderversammlung gemeldet. Namens der Stadt Hamburg begrüßte der Senator Dr. Lehmann die Versammlung. Hierauf erstattete Regierungsbaumeister Zintenbergs (Berlin) den Bericht über die Resultate der Abgeordneten-Versammlung. Oberingenieur Meyer (Hamburg) hielt einen einleitenden Vortrag über Hamburgs bauliche und kommerzielle Entwicklung. Stadtbaurath Hobrecht (Berlin) sprach über die modernen Aufgaben des großstädtischen Straßenbaues mit Rücksicht auf die Unterbringung der Versorgungsnetze. Um 1 1/2 Uhr erfolgte die Besichtigung der Hafen- und Dockanlagen in drei Gruppen mit sechs Dampfböten. Um 6 Uhr war Mittagessen in Plantenese und Teufelsbrück. Um 10 Uhr fand die Rückkehr statt. Die Villen und Gärten am Elbestrande waren bengalisch beleuchtet.

Speyer. Auf dem Parteitage der freisinnigen Partei der Pfalz in Haardt a. d. Naardt am Sonntag führte den Vorsitz Dr. Wolff-Wachenheim. Abgesehen von der Pfalz waren auch zahlreiche Vertreter der freisinnigen Partei aus Darmstadt, Frankfurt a. M., Mannheim, Worms, Alzey, Orlingheim, Heidelberg und Bruchsal erschienen. Es wurde die Gründung eines freisinnigen Zentralvereins für die Pfalz auf Grund eines vorgelegten Statuten-Entwurfs beschloffen. Ein Banket und ein Ausflug auf das Hambacher Schloß reihten sich an die Verhandlungen an. Ein größeres Parteifest für ganz Süddeutschland wurde für Ende Mai nächsten Jahres in Aussicht genommen. Dasselbe soll in Frankfurt a. M. abgehalten werden.

Bebel vor den Berliner Sozialdemokraten.

Berlin, 26. August.

Der Kampf, der in den letzten Wochen in der Sozialdemokratie um die Taktik und fernere Organisation der Partei entbrannte und hier in Berlin besonders von den Sozialisten Dr. Wille, Wildberger, Werner, Boginski u. s. w. gegen die Fraktion geführt wurde, ist am Montag Abend in einer großen Volksversammlung, die in der Brauerei Friedrichshain etwa 6—7000 Köpfe stark tagte, entschieden worden und zwar, wie bei dem von Dr. Wille gekennzeichneten „Herdentrieb“ der Masse in der Sozialdemokratie vorauszu sehen war, zu Gunsten Bebels, der als bisheriger Hauptleiter der Partei die Angriffe besonders auf sich gezogen hatte.

Schon von 4 Uhr Nachmittags an standen große Trupps Arbeiter, Einlaß begehrend, vor der Brauerei, und als kurz nach 6 Uhr der Saal geöffnet wurde, war er auch bald bis zum letzten Platz gefüllt. Tische und Stühle waren entfernt, Kopf an Kopf stand die dichtgedrängte Menge und harpte bis 2 Uhr Nachts aus. Um 6 1/2 Uhr fand die Abperung der Straße „Am Friedrichshain“ und der Zugänge vom Hain aus statt. Um 11 Uhr sah die zahlreich aufgetragene Schutzmannschaft sich veranlaßt, gegen die ausbreitenden Massen mit der Waffe vorzugehen und sie zu zerstreuen. Mehrere Verwundungen sollen vorgekommen sein.

Um 8 Uhr erschien Bebel, kurz darauf Singer, beide mit nicht endemwollendem Handkellchen und Hochrufen aufs Stürmische begrüßt. Diese Ovation und die Aufnahme der Vorschläge zur Beilegung des Vorstandes der Versammlung kennzeichneten von vornherein den Charakter der Versammlung. Denn als einem Antrage, die Herren Zubeil, Kraeder und Kohlbas das Bureau bilden zu lassen, ein anderer folgte mit den Namen der Opposition Werner, Klein und Tempel, erhob sich eine stürmische Unruhe. Der erste Antrag wurde gegen etwa 50 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende Zubeil mahnte, mit Ruhe auch die Opposition anzuhören, wie es einem Sozialdemokraten gezieme und es nöthig sei, wenn

Das Blattgrün (Chlorophyll).

Von Dr. Otto Zacharias.

(Nachdruck verboten.)

Im Allgemeinen finden es die Menschen selbstverständlich, daß die Bäume und Sträucher grüne Blätter haben, und der Berliner bezeichnet die Natur mit Vorliebe als „Mutter Grün“, weil ihm jene Farbe des Laubes in hervorragender Weise sympathisch zu sein scheint. Aber unter Hunderten von Naturfreunden kommt es erst einem bei, darnach zu fragen, wo denn der Farbstoff in den Blättern seinen Sitz habe und was er sonst noch außer seiner grünen Beschaffenheit für Eigenschaften besitze.

Es scheint mir in Folge dessen nicht unangebracht, gerade diese beiden Fragen vor einem größeren Leserkreise zu erörtern. Nachdem dieselben einmal aufgeworfen sind, dürfte der und jener Wissbegierige doch wohl Interesse an ihrer Beantwortung nehmen. Letztere läßt sich indessen nur an der Hand einiger Anschauungen geben, die wir freilich durch eine wörtliche Beschreibung ersetzen müssen. Nehmen wir das erste beste Buchenblatt zur Hand und machen wir mit Hilfe eines scharfen Rasirmessers seine Querschnitte durch dasselbe, so können wir (unter dem Mikroskope) leicht folgende Verhältnisse feststellen. Wir sehen dann, daß der grüne Farbstoff stets an winzige kleine Körperchen gebunden ist, die hauptsächlich in den nahe der Blattoberfläche liegenden Zellen enthalten sind. Diese Chlorophyllkörper bilden stets Einlagerungen des protoplasmatischen Inhalts (Wandbelags) jener Zellen, und wenn letzterer sich bewegt, so erfahren auch die Körperchen in ihrem engen Bezirke eine Ortsveränderung.

Je nach der Intensität des Lichts, welches auf die Blattoberfläche einwirkt, gruppieren sich die grünen Farbstoffträger

in verschiedener Weise. Ist ein Baum dem gewöhnlichen Tageslichte ausgesetzt, so ordnen sich die Chlorophyllkörper in seinen Blättern so an, daß sie senkrecht von den einfallenden Strahlen getroffen werden; sie nehmen also in der Zellkammer die zur Oberfläche des Blattes parallelen kleineren Wände ein. Anders werden sie aber durch direktes Sonnenlicht beeinflusst. Dann rücken sie — wie um sich zu schützen — von den Schmalwänden der Zelle fort an die in der Richtung des Lichteintritts liegenden Seiten, das betreffende Laub wird in Folge hiervon viel blässer und nimmt einen gelblich-grünen Farbenton an. Die zur Verschiebung der Körperchen nothwendigen Kräfte liefert der reizbare Protoplasmainhalt der Zellen in der Form von langsamen Strömungen, durch welche binnen kurzer Zeit die soeben beschriebenen Lageveränderungen bewirkt werden. Das Resultat der hierüber angestellten Beobachtungen läßt sich demnach in folgenden Satz zusammenfassen: Bei schwacher oder mäßiger Beleuchtung erhalten die Chlorophyllkörper eine Lage, der zufolge sie eine möglichst große Oberfläche dem Lichte darbieten; bei starker Beleuchtung hingegen nehmen sie eine Stellung ein, bei welcher eine möglichst kleine Oberfläche dem Lichte ausgesetzt ist.

Jedes dieser unscheinbaren Körperchen, welche bei starker Vergrößerung eine nekartige innere Beschaffenheit und eine häutige Außenschicht wahrnehmen lassen, ist ein wunderbares chemisches Laboratorium, durch dessen Vermittelung die verschiedensten organischen Stoffe in der Pflanze neugebildet werden.

In erster Linie haben die Chlorophyllkörner die Funktion, das in der atmosphärischen Luft enthaltene Kohlendioxyd, resp. die Kohlensäure zu zerlegen, in welche sich das erstgenannte Gas beim Durchgange durch die wasserhaltige Oberhaut der

grünen Blätter verwandelt. Dem Eindringen des Kohlendioxyds setzt die Zellhaut keinen besonderen Widerstand entgegen, wie durch Experimente erwiesen ist. Hiernach kann man sich vorstellen, daß dieses Nahrungsgas den grünen Blättern und Stempeln immer lebhaft zufließt, und daß es in Folge dessen niemals an genügender Materialzufuhr für die chemisch thätigen Chlorophyllkörper mangelt.

Ohne daß wir sagen können wie, findet nun nachweislich in den Pflanzenblättern unter dem Einflusse der Beleuchtung eine Reduktion der aufgenommenen Kohlensäure statt; es wird Sauerstoff abgeschieden und der in der Pflanze zurückbleibende Kohlenstoff verbindet sich mit Wasser zu den sogenannten Kohlenhydraten (Stärke, Zucker etc.), die in der Folge weiter umgewandelt werden. Daß es wirklich die Chlorophyllkörner sind, von denen diese Arbeit geleitet wird, können wir daraus entnehmen, daß die Kohlensäurezerlegung der Menge dieser Gebilde proportional ist, und daß in Pflanzentheilen, welche kein Blattgrün enthalten, auch keine Reduktion des genannten Gases erfolgt. Je nach den verschiedenen Pflanzen sind es sicher auch verschiedene Kohlenhydrate, welche zuerst gebildet werden, aber alle diese organischen Stoffverbindungen haben den Zweck, mannigfach verändert und weitergeleitet zu werden, um das erforderliche Material für den Aufbau und das Wachsthum des gesamten Pflanzenkörpers zu liefern. Der Weg, den solche wandernde Stoffe zurückzulegen haben, ist manchmal ziemlich weit. Damit die in den grünen Blättern einer Pappel gebildeten Assimilationsprodukte z. B. bis zu den wachsenden Wurzeln des betreffenden Baumes gelangen, müssen sie nothwendiger Weise durch eine Strecke von 20 bis 30 Fuß fortgeleitet werden. Dazu sind nun besondere Einrichtungen vorhanden, die als feinere und gröbere

die Versammlung Mürung in die Lage bringen sollte. Buchdrucker Werner bittet zur Geschäftsordnung, daß nach Bebel den Gegnern das Wort gegeben werde, und gleichgiltig, ob jung oder alt, Dr. Wille spreche. (Großer Tumult und Gelächter.) Zubeil: Selbstverständlich werden auch die Gegner genügend zum Worte kommen, um den Skandal endlich aus der Welt zu schaffen.

Darauf erhält Bebel das Wort. Er sei überrascht von den Vorgängen der letzten Woche, von den Angriffen auf die Parteileitung gerade in dem Moment, wo das Ausnahmegezet fallen sollte. Bei Inkrafttreten desselben habe sich eine allgemeine Muthlosigkeit gezeigt, die Parteiorganisation mußte einer andern weichen, um die Fäden der Partei wieder fest zusammen zu schließen. Die Fraktion habe die Leitung übernommen, weil sie Gelegenheit hatte, ohne polizeiliche Hinderung in Berlin zusammen zu kommen. Da der Parteivorstand an verschiedenen Orten wohnte, habe er nur mangelhaft funktionieren können. Auch solle man bedenken, daß die Leiter die Geschäfte neben ihrem Broderwerb geführt hätten, ohne einen Pfennig dafür zu erhalten. Niemand habe bei der stetigen Zunahme der Parteigeschäfte sehnlicher den Ablauf des Sozialistengesetzes gewünscht, als die Parteileitung. Diese müsse an einem Orte wohnen, um gut funktionieren zu können. Die Angriffe, die auf eine große Erbitterung schließen ließen, wären besser auf dem Parteitage zur Sprache gekommen. Die Anschuldigungen, daß Ehrgeiz und persönliches Interesse die Triebfeder seiner Handlungen sei, weise er entschieden zurück. Als aber gar von Korruptionen gesprochen worden, da sei in ihm Korn und Schamröthe aufgefliegen. Da müssen doch Thatfachen und Personen angegeben werden, sonst sei das lachhaft. Die Partei sei aber nicht korrumpirt, sondern frei geund; sonst hätte sie die von der Bourgeoisie bestochenen faulen Elemente nicht von sich ausgeschlossen. Nur Männern, die es ehrlich meinen, hat das Volk sein Vertrauen geschenkt und durch die Auswahl derselben bewiesen, daß es nicht dem Herdentrieb gefolgt ist.

Kedner sucht dann die Berechtigung seiner Vertheidigung gegen den Willeischen Artikel der „Sächsl. Arbeiterztg.“ damit zu begründen, daß der Vorwurf der Korruption in erster Linie auf die Leitung falle. Wenn diese die Korruption dulde, sei sie mitschuldig des bezeichneten Vergehens. Ferner sei es eine bodenlose Behauptung, die Fraktion wolle irgend ein Preßorgan unterdrücken. Das Vorgehen gegen die „Volksstimme“ in Magdeburg und die „Arbeiterztg.“ sei von Parteigenossen der betreffenden Städte in-zenirt, er sei aber auch persönlich angegriffen und habe sich vertheidigen müssen. Daß die Fraktion entgegen dem St. Galler Kongreß bei engeren Wahlen die Wahl desjenigen Kandidaten empfohlen habe, der gegen das Sozialistengesetz stimme, sei reine Zweckmäßigkeitsfrage gewesen, die durch die Aenderung der Verhältnisse seit dem Kongresse von 1887 bedingt war. In der Wahl-taktik habe die Partei besonders geschickt sich bewiesen, das würde erst die Zukunft zeigen. An der verunglückten Maifeier sei die Fraktion nicht schuld; die Engländer wären viel praktischer gewesen, indem sie Sonntag gefeiert hätten. Die ökonomische Lage unserer Arbeiter gestatte nicht, einen Tag zu feiern. Daß der Parlamentarismus nicht Selbstzweck, sondern Agitationsmittel sein müsse, erkenne er an, die Wahlen seien der Kraftmesser der Partei, der erkennen lasse, welche Fortschritte die Partei gemacht. Wenn aber die Genossen aktionsfähig bleiben sollten, müßten ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aufgebessert werden. Wenn die Massen sich der Sozialdemokratie zuwendeten, müsse ihnen auch etwas geboten werden; bis der Zukunftsstaat eingeführt werde, wären sie sonst vielleicht verhungert. Die Arbeiterschub-Kommission wäre froh, wenn sie die sozialdemokratischen Mitglieder los wäre.

Wenn die Fraktion nicht genug geleistet habe, sei es nicht ihre Schuld; an gutem Willen habe sie es nicht fehlen lassen. Die ökonomische Entwicklung werde von selbst sich so zuspitzen, daß sie es nicht nötig hätten, stets und immer wieder zu schreiben, wir sind Revolutionäre. Mit Schmerzen ersehe die Bourgeoisie den Augenblick, wo sie mit einem neuen Gesetz die sozialdemokratischen Bestrebungen zu unterdrücken vermöchte. Die gesellschaftlichen Zustände agitierten am besten für die Partei, die nur die Aufgabe habe, aufklärend zu wirken. Wenn man glaube, daß er verfehlte Ziele verfolge, werde er gern abtreten. Kedner schließt mit der Mahnung, man möge als Männer und nicht als Herdenvieh durch Rede und Gegenrede sich ein Urtheil bilden und danach beschließen. Er stelle folgende Resolution zur Diskussion:

„Die Versammlung erklärt, die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei korrumpirt, sei beachtliche, die Partei zu verewaltigen, und sei bestrebt, die freie Meinungsäußerung in der Parteipresse zu unterdrücken, für eine durch Nichts bewiesene schwere Beleidigung der Fraktion bezw. der Parteileitung. Die Versammlung erklärt ferner den gegen die bisherige parlamentarische Thätigkeit der Fraktion gerichteten Angriff für ungerechtfertigt. Die Versammlung erucht die Parteigenossen, alle und jede persönliche Polemik in der Presse und in Versammlungen einzustellen und die Streitfragen der Entscheidung des Parteitages zu unterbreiten.“

Lebhaftes wiederholtes Beifallklatschen hatte die Rede Bebel's begleitet. — Das Wort erhielt nun Dr. Wille, mit vereinzelterm

Händeklatschen begrüßt. Die Art, wie man Bebel und mich begrüßt, beweist, daß sich die Differenzen zum persönlichen Streit zugepißt haben (Große Unruhe). Ihr Bravollatschen und Fischen (Erneute Unruhe. Zwischenrufe: Gehört nicht hierher. Glocke des Präsidenten: Hören Sie doch auch diesen Kedner ruhig an. Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung. Es giebt jetzt keine Geschäftsordnung, Wille hat das Wort.) Wille fortfahrend: Prüfe sich jeder doch einmal genau, ob er nicht mit vorgefaßter Meinung hierher gekommen ist (Große Unruhe). Wer hat Recht, Bebel oder Wille? (Stürmischer Zwischenruf: Bebel. Schluß. Präsident: Ist das demokratisch von euch, Genossen?) Wille: Sachliche Differenzen sind vorhanden, diese vertuschen wollen, wäre Schwäche. Eine Spaltung kann nur vermieden werden, wenn Gelegenheit zur Aufklärung gegeben wird. Kedner will bei der Unruhe nur auf Weniges eingehen und auf die Gefahr des Parlamentarismus hinweisen, den ein Vertreter des Pariser Kongresses mit Recht als Heuchelei, Komödie und Bevormundung der Masse bezeichnet habe. Diese schenke ihr Vertrauen einem Abgeordneten und ver-lasse sich nun auf diesen. Die Masse aber müsse selbständig gemacht werden. Bebel selbst habe es auf dem Kongreß einen Erfolg der Sozialdemokratie genannt, daß Erleichterungen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung erreicht worden seien, (Hört! Hört!) und sie müßten erreicht werden, um mit größerem Erfolg den Kampf aufzunehmen. (Sehr richtig!) Ja das sei aber ein gefährliches Spiel, denn Bebel selbst habe auch eingesehen müssen, man glaube zu schieben und werde geschoben. Der Parlamentarismus wirke korrumpirend auf die Masse und Fraktion. (Unfinn.)

Er nenne es nicht wie Bebel einen Erfolg, daß die anderen Parteien einen Wettlauf um die Gunst der Arbeiter veranstalteten. Dieser Wettlauf könne die Partei nur schädigen. (Zustimmung und Widerspruch. Schluß! Weiterreden! Unruhe.) Wenn die Regierung an einem Ende eines Seiles, die Sozialdemokratie am anderen ziehe und jene lasse los, so liege diese auf dem Rücken. (Unfinn. Große Unruhe.) Man dürfe nicht die Hoffnung erwecken, daß auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sich eine Verbesserung der Nothlage des Arbeiters erreichen lasse. Als der Erlass des Kaisers im Februar erschienen, habe eine große Muthlosigkeit weite Kreise erfaßt (Heftiger Widerspruch, Schluß), erst als die internationale Arbeiterschubkonferenz zu wenig geleistet, sei der Muth allmählich wieder zurückgekehrt. Wenn die Regierung einmal das Engbrüstige abstreife, würde die Sozialdemokratie an Kraft und Macht sehr viel einbüßen.

Was den Organisationsentwurf betreffe, so verleihe dieser der Fraktion eine zu große Macht. Die 5 Mitglieder des Vorstandes würden von der Fraktion majorisirt, mindestens müßte der Vorstand so viel Mitglieder als die Fraktion haben. Bebel habe seine (Willes) Artikel auf sich bezogen und auch jetzt Stimmung gegen ihn zu machen gesucht mit dem Schlagwort „Herdenvieh“. Ob man denn seinen Artikel kenne. (Nein.) Soll ich ihn vorlesen? (Ja wohl.) Dies geschieht. Kedner behauptet, die Korruption nicht der Leitung vorgeworfen zu haben; wenn Bebel es auf sich beziehe, so handle Bebel gerade wie ein König von Frankreich, der sagte: Der Staat das bin ich. (Oho. Unruhe.) Unsere Leiter dürfen uns doch nicht wie Kinder behandeln, wir wollen selbständig und nicht von wenigen Personen abhängig sein. (Bravo.) Daß in Dresden mittelst Zirkular eingeladen sei zur Versammlung, sei nicht demokratisch, sondern der beste Beweis für das Bestehen der Korruption in der Partei, und da habe auch Bebel sich derselben schuldig gemacht. (Beifall.) Er nehme jetzt nur das Recht für sich in Anspruch, welches Bebel 1863 als Antikassalleaner auch hatte.

Daß Allvertrautheit in dem ganzen Streit sei, daß er um den Glauben gekommen, den er früher gehabt, die Sozialdemokratie werde nicht gleich mit Schmutz nach dem werfen, der sich in Opposition gegen eine Autorität befände. Jetzt sei er eines Besseren belehrt, man habe ihn mit Schmutz überschüttet, sein Zutrauen zur Sittlichkeit der Sozialdemokratie habe einen großen Krach erlitten. (Gelächter.) Er werde die Parteiziele aber trotzdem weiter verfolgen und sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen lassen. (Vereinzelter Bravo!)

Der nächste Kedner, Wildberger, hat aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß das Bravoschreien der Autorität und nicht den Darlegungen des Kedners gegolten habe. Schon Frohne habe 1887 von Korruption in der Partei gesprochen, Bebel brauche also gar nicht so verwundert zu thun, als ob heute dieser Vorwurf zum ersten Male gemacht werde. Bebel sei nicht vorurtheilhaft, ein Theil der Fraktion lasse sich schon seit Jahren zum Schaden der Partei beeinflussen. (Zwischenruf: Singer.) Kedner bestreitet unter fortgesetzter großer Unruhe denen vom Stabe der Fraktion, beispielsweise Liebnicht, als von zweifelhaften Elementen und räubigen Schafen von denen zu sprechen, die mit der Fraktion nicht dieselbe Meinung theilen.

Ab. Singer vertheidigt den Parlamentarismus und beschuldigt Wildberger des Widerspruches seiner Ansichten, wird aber durch die Zwischenrufe: „Lüge!“ „Erbärmlicher Demagoge!“ unterbrochen. Wille sei ein absolut unerfahrener Mensch und sollte, selbst im Glashause, nicht mit Steinen werfen. (Zwischenruf: Läßt sich Vor-

träge bezahlen. Millionär hat's nicht nötig. Diäten.) Kedner bittet, für die Resolution zu stimmen.

Der Vorsitzende verliest die acht bis zehn eingegangenen Resolutionen. Bevor der folgende Kedner, Buchdrucker Werner, das Wort erhielt, verlangte die Versammlung Schluß der Diskussion. Erst nach längerem Zureden des Vorsitzenden und des Abgeordneten Bebel, der erklärte, auf das Schlußwort verzichten zu müssen, wenn die Diskussion geschlossen würde, durfte Werner sprechen. Kedner tabelt unter großer Unruhe und wiederholten Unterbrechungen das undemokratische Gebahren der Versammlung und den Personenkultus, den die Partei ihren Leitern entgegenbringe. Andererseits sei es leider ja sehr lange gebräuchlich, einen mißliebigen Genossen erst mit Schmutz zu begießen und diesen dann mit der eigenen Zunge wieder abzulecken. (Lebhaftes Bravo und stürmischer Widerspruch.) Daß die Parteileitung ohne Entgelt arbeite, sei nichts Außerordentliches, die Berliner Genossen wirkten auch, ohne sich dafür bezahlen zu lassen. Nach dem Pariser Kongreß sei in Berlin und Hamburg sofort in allen Versammlungen die Maifeier beschlossen worden. Wenn die Parteileitung anderer Meinung war, hätte sie sofort eingreifen müssen und die Dinge nicht erst soweit kommen lassen dürfen, daß eine Umkehr nicht mehr möglich war. Daß Bebel den Befähigungsnachweis vom Alter abhängig mache, sei nicht recht. Das Sozialistengesetz sei nicht wegen der Parteistellung im neuen Reichstage, sondern wegen der Entwicklung der Verhältnisse aufgegeben worden. Da die Unruhe immer größer wird, schließt Kedner seine Ausführungen über den Parlamentarismus der Partei mit den Worten: Der Parlamentarismus ist die Schürze, womit die Bourgeoisie ihre Scham bedeckt. (Lebhafter Beifall und Fischen.)

Gottfried Schulz: Die heute vor mir gesprochen, haben schon Jahre lang gewühlt und Zwietracht geäet. (Zuruf: Glender Cigarrenfrüh.)

Die Bebel'sche Resolution gelangt sodann gegen etwa 100 Stimmen zur Annahme. Es sprechen dann noch Max Baginski und Bebel. Bei der vorgeschrittenen Zeit war die Unruhe jedoch so groß, daß die Kedner nur in nächster Nähe sich verständlich machen konnten. Die Versammlung währte bis 2 Uhr Morgens und schloß mit Hochs auf die Sozialdemokratie, Bebel, Singer zc., die auf der Straße noch fortgesetzt wurden. („Germania“.)

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt. Wie wir bereits in dem telegraphischen Berichte über die große sozialdemokratische Versammlung vor dem Landsberger Thor bemerkten, ist es in der dortigen Gegend am späten Abend noch zu scharfen Konflikt zwischen der angestauten Menge und der Schutzmannschaft gekommen. Die Polizei hatte einen schweren Stand, immer von Neuem unternahmen Einzelne den Versuch, in den Garten zu gelangen, sowie den Damm und das nach der Brauerei zu belegene Trottoir zu besetzen. Hierin thaten sich besonders zwei Männer hervor, zu deren Verhaftung schließlich ein Polizeileutnant schritt. Kaum hatte indessen der Polizeioffizier die beiden Personen ergriffen, als die Menge wiederum die Schutzmannskette durchbrach, unter furchtbarem Lärm und Pfeifen sich den Beamten entgegenwarf und die Arrestanten zu befreien suchte. Eine Abtheilung berittener Schutzleute sprengte in den Haufen hinein, um diesen zu zerstreuen, wurde aber mit Gestein, Pfeifen und Steinwürfen empfangen. Nunmehr wurde der Befehl zum Einhauen gegeben, und die, ob der Steinwürfe erbitterten Schutzleute hieben erbarmungslos auf die Menge ein. Was irgend konnte, suchte sich in den Friedrichshain zu retten, die Menge stürzte sich über die Einfriedigung hinweg in die Gebüsch, ihnen nach die Fußmannschaften mit blander Waffe. Gleichzeitig unternahmen auch die berittenen Schutzleute eine Attaque in den Hain, dessen Säuberung geschah, weil Mehrere aus der attackirten Menge den Schutzleuten zuriefen, daß die Steinwürfe aus dem Gebüsch des Haines gekommen. Die Menge flüchtete schließlich tief in den Hain hinein, nach der Friedensstraße und dem Platz vor dem Königsthor: vor Allem in die Schanklokale. Auf dem Platz vor dem Königsthor kam es wieder zu erregten Szenen. Es verbreitete sich das Gerücht, daß unter den Verwundeten einer einen lebensgefährlichen Hieb über den Kopf davongetragen habe und regungslos an der Pforte des Waldes lagere. Eine des Weges kommende Droschke wurde nun sofort von der Menge umringt und unter lauten Verwünschungen von den Schutzleuten gefordert, daß man den Schwerverletzten hierin nach dem Krankenhanse schaffen möge. Verwundete mögen vorhanden gewesen sein, denn die Schutzleute nahmen die Droschke selbst in Empfang, die erregte Menge aber wurde wiederum auseinandergetrieben. Noch mehrmals wiederholten sich die Attaquen, da die Menge sich immer wieder von neuem zusammenrottete. Die auf dem Plage am Königsthor belegenen Schanklokale, in welche sich Alles flüchtete, was nur Unterkommen darin finden konnte, mußten auf polizeiliche Anordnung hin schließen. Noch um 12 Uhr Nachts machte die Polizei eine Attaque, welche sich bis in die Neue Königsstraße hinein erstreckte. Viele Verwundungen und Verhaftungen sind die

Adern in den Laubblättern beginnen, sich als dickere Bündel durch die Blattstiele und Stengel fortsetzen, um dann bei den Holzgewächsen dicht zusammengedrängt die Hauptmasse der Stämme zu bilden. Das Ziel der wandernden Stoffe sind vornehmlich die wachsenden Theile der Pflanze, die Wurzel- und Zweigenden, sowie auch alle sonstigen Stellen, wo abgestorbene oder absterbende Zellen durch neue ersetzt werden sollen. Kommt der Herbst heran, so gewinnt die Fortleitung der Stoffe nach den centralen Partien des Pflanzenkörpers noch eine andere Bedeutung, nämlich die einer Sicherung und Aufspeicherung derselben während der Wintermonate, wo ein zeitweiliger Stillstand aller Assimilationsthätigkeit eintritt. Ehe noch die Laubblätter sich verfärben und ablösen, werden die Kohlenhydrate und Eiweißstoffe aus denselben in die holzigen Zweige oder in die Wurzelstöcke abgeführt und dort wie in Reservemagazinen für das künftige Frühjahr aufbewahrt. In dem falben und vergilbten Blattwerke bleibt dann nur ein todttes Gerüste zurück. In den früher reich mit Chlorophyllkörpern angefüllten Zellen sieht man jetzt nur kleine gelbe Körnchen und Krystalle von oxalsaurem Kalk, die bei Bildung der Eiweißstoffe durch Zerlegung des salpetersäure und schwefelsauren Kaltes entstanden sind. Der herbstliche Laubfall stellt sich hiernach als eine Entäußerung von überflüssig gewordenen Stoffen dar, die nun ihren Kreislauf in der Pflanzenwelt von Neuem beginnen können.

Den Ausgangspunkt für alle organische Stoffherzeugung aus anorganischem Material bilden, wie wir gesehen haben, die unscheinbaren Chlorophyllkörner, und die ersten Produkte, welche unter Mitwirkung des Sonnenlichts in diesen kleinen Laboratorien hergestellt werden, sind Verbindungen des Kohlenstoffs mit den Bestandtheilen des Wassers: Kohlenhydrate. Aus diesen gehen unter Zutritt von Stickstoff und

Schwefel die verschiedenen Eiweißstoffe der Pflanzen hervor: Albumine, Caseine und Fibrine. Ohne Einwirkung des Sonnenlichts ruht die Bildung dieser Stoffe vollständig. Man gelangt in Folge dessen zu der hypothetischen Vorstellung, daß die kleinsten Theilchen der Nährgase und Nährsalze in der Pflanzenzelle durch die mechanischen Anstöße der Lichtwellen von einander getrennt werden und sich dann in neuer Ordnung zusammenfinden, halten und stützen. Nach unseren experimentellen Erfahrungen sind es hauptsächlich die Strahlen von großer Wellenlänge, also die, welche auf unserer Netzhaut den Eindruck von Gelb, Orange und Roth erzeugen, deren Gegenwart die Reduktion der Kohlensäure herbeiführt, während umgekehrt die blauen und violetten Strahlen eine Oxydation jener organischen Verbindungen, die wir als Kohlenhydrate bezeichnen, verursachen.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist eine Eigenschaft des Blattgrüns, von der wir uns mit geringer Nähe Kenntniß verschaffen können, bedeutungsvoll. Wir ziehen zu diesem Behufe den grünen Farbstoff irgend welcher Laubblätter mit Schwefeläther aus, indem wir letztere damit reichlich übergießen und in einem Glaszylinder etwa 24 Stunden stehen lassen. Auf solche Weise erhalten wir eine tiefgrüne Flüssigkeit, welche die merkwürdige Eigenschaft besitzt, die Lichtstrahlen von kleinerer Schwingungsdauer (also die blauen und violetten) zu absorbieren und dafür andere Strahlen von größerer Schwingungsdauer (rothe) auszusenden. Lassen wir nämlich mittels einer biconvexen Linse, eines sogenannten „Brennglases“, einen Lichtkegel durch ein mit Chlorophylllösung angefülltes Probirgläschen fallen, so entsteht an der Stelle, wo das konzentrirte Licht in die Flüssigkeit eintritt, eine blutrothe Färbung, die sich auch noch ein Stück weit nach Innen fortsetzt. Man nennt diese eigenthümliche Erscheinung Fluorescenz und

erklärt sie physikalisch damit, daß man annimmt, die Moleküle des Chlorophylls seien gleichsam auf solche Schwingungszahlen, wie sie dem rothen Lichte zu Grunde liegen, abgestimmt. Trifft nun starkes Licht auf eine Blattgrün-Lösung, so gehen die rothen Strahlen desselben ohne Hinderniß auf die kleinsten Theilchen des Chlorophylls über und versetzen letztere in so starke Mitschwingungen, daß sie selbstleuchtend werden. So erklärt sich nach der Undulationstheorie das Auftreten des purpurrothen Widerscheins an der Eintrittsstelle des Lichtkegels. Es ist dies, wie man zugeben wird, eine höchst merkwürdige und für den Bestand der Pflanzenwelt im hohen Maße nützliche Eigenschaft des Blattfarbstoffs, von deren unveränderlicher Fortdauer die Existenz der Gewächse nicht allein, sondern in nächster Linie auch die der Thiere und des Menschengeschlechtes abhängt.

Zum Schluß mag noch erwähnt werden, daß in gewissen Meeresalgen (Florideen) neben dem grünen Farbstoff auch noch ein rother vorkommt, den man Erythrophyll (Blattroth) nennt. Durch diesen werden die gleichfalls anwesenden Chlorophyllkörner vollständig verdeckt, aber sie sind nichts desto weniger als Werkzeuge für die Assimilation thätig und der rothe Farbstoff dient lediglich dazu, um die blauen Strahlen, die das Meerwasser für die Beleuchtung seiner Tiefen liefert, in gelbe, rothe und orangene umzuwandeln, d. h. in solche, unter deren alleiniger Einwirkung Kohlenhydrate gebildet werden.

Aus diesem Grunde sind die unzähligen Florideen des Meeresbodens sämmtlich in rothe Farbtinten getaucht: vom zarten Karmin an bis zum schwärzlichen Purpur, so daß sich das Auge an den Farbennuancen dieser untermeerischen Vegetation erfreuen und unterhalten kann.

† **Ueber große Feuersbrünste** liegen folgende Nachrichten vor: Das neue Ziegelwerk der Dresdner Baugesellschaft ist bis auf den Ziegelofen, die Esse, die Dampfmaschine und die Dampffessel vollständig abgebrannt. Die abgebrannten Gebäude sind bei der Landesbrandversicherung versichert. Ziegelpressen und Zubehör sind unversichert. Soweit zu übersehen ist, beläuft sich der Schaden auf nicht über 100 000 Mark, ungerechnet den Betriebsverlust und eine Million vernichtete Mauerziegel. Das alte Ziegelwerk blieb unversehrt und ist im Betrieb. — In der Gemeinde Kaba im ungarischen Komitat Hajdu sind durch eine Feuersbrunst bei Sturmwind 40 Häuser eingäschert worden, wobei zwei Menschen ihr Leben eingebüßt haben. — Der ungarische Marktflecken Tokaj ist durch eine Feuersbrunst fast gänzlich zerstört worden. Nur 12 Häuser sollen verschont geblieben sein. In Folge des heftigen Sturmes war jegliche Rettung unmöglich. Die Bewohner sind obdachlos und ohne Lebensmittel. Auch aus anderen Landestheilen werden größere Brände gemeldet. — Nach Meldungen aus Algier werden die Wälder in der Gegend von Sufharas durch eine Feuersbrunst verheert, die Ortschaften Laverdure und Anjelmour sind von Feuer umgeben, die auf dem Bahnhofe von Anjelmour lagernden Waaren, sowie das dort befindliche Eisenbahnmateriale gerietzen in Brand, alle Viehweiden sind vom Feuer vernichtet.

in Rosen.